

Antrag

der Abg. Norbert Zeller u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Emnid Holocaust-Umfrage

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie die Landesregierung die jüngst Emnid-Meinungsumfrage (veröffentlicht in „Die Zeit“ vom 10. August 2000) bewertet, in der das Wissen junger Deutscher über den Holocaust erfragt wurde;
2. welche Schritte und Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um die enorme Wissenslücke über den Holocaust zu beseitigen;
3. ob die Landesregierung die Auffassung teilt, dass gerade an unseren Schulen das Thema Holocaust intensiviert werden muss, insbesondere in den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch;
4. welche Unterstützung die Landesregierung den Schulen gewähren will, um anhand von Unterrichtsbeispielen oder Handreichungen das Thema Holocaust auch fächerübergreifend bzw. in Projektarbeit intensiver zu thematisieren.

17. 08. 2000

Zeller, Braun, Carla Bregenzer, Christine Rudolf, Wintruff SPD

Begründung

Rund zwei Drittel der 14- bis 18-jährigen Deutschen können laut der erschreckenden Emnid-Umfrage mit dem Begriff Holocaust nichts anfangen. Bei den Hauptschülern seien es sogar 87 Prozent. Jeder fünfte Jugendliche habe nach Ergebnissen des Bielefelder Umfrageinstituts noch nie den Namen „Auschwitz“ gehört. Auch Dachau und Treblinka seien für die Jugendlichen Fremdwörter. Je jünger die Jugendlichen seien, desto geringer sei das Wissen. Jeder Zweite der befragten 14-Jährigen gab an, nicht über den Holocaust unterrichtet worden zu sein. Neun von zehn Jugendlichen dieser Altersstufe wissen nicht einmal, was der Begriff bedeutet, so das Umfrageergebnis, das laut des durchführenden Meinungsforschers nur eine maximal dreiprozentige Fehlerquote beinhalte.

Mangelndes Wissen führe dazu, dass die Jugendlichen die Geschehnisse des Holocausts auch nicht verwerflich finden. Rund 62 Prozent lehnten deshalb auch eine strafrechtliche Verurteilung von Menschen ab, die den Holocaust leugnen. Dieser erschreckende Wissensstand belegt, dass dringend eine eingehendere Befassung mit dem Thema in den Schulen erfolgen muss. Dies vor allem auch bereits in den niedrigeren Klassenstufen.

In Schweden bewegte vor zwei Jahren ein vergleichbares Ergebnis einer Umfrage unter Jugendlichen eine Bildungsoffensive, die auch in Baden-Württemberg notwendig ist.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 5. September 2000 Nr. 45–6521–Geschichte/123 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie die Landesregierung die jüngste Emnid-Meinungsumfrage (veröffentlicht in „Die Zeit“ vom 10. August 2000) bewertet, in der das Wissen junger Deutscher über den Holocaust erfragt wurde;

Zu 1.:

Holocaust im engeren Sinne und Shoa bezeichnen als Begriffe die Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach den Unterlagen, die das Emnid Institut zur Verfügung gestellt hat, wurden die Schülerinnen und Schüler nicht nach dem Thema Judenvernichtung befragt, sondern danach, ob ihnen der Begriff Holocaust bekannt sei. Der Begriff „Holocaust“ ist in verschiedenen Lehrplänen zwar durchaus aufgeführt, tritt aber naturgemäß in der schulischen Arbeit hinter das eigentliche Thema zurück, nämlich die Verfolgung und Vernichtung von Juden. Diesem Thema wird in allen Schularten und in allen Schulstufen ein besonderes Gewicht beigemessen, vor allem im Fach Geschichte.

Grundschule:

Im Bereich der Grundschule sieht der Bildungsplan auch auf Grund des Entwicklungsstandes der Kinder die Thematik „Holocaust“ nicht vor. „Angrenzende“ unterrichtliche Bereiche wie „Europa im Unterricht“, „Soziales Leben in Schule und Gesellschaft/Gewalt“ und „Integration von Ausländern und Aussiedlern/Dritte Welt“ intendieren umfangreiche soziale Lernziele. Soziales Lernen impliziert neben Ambiguitätstoleranz, Rollendistanz, Ich-Identität auch die Fähigkeit zum Rollenwechsel. Insofern wird bereits in der Primarstufe die Voraussetzung zum intellektuellen Erfassen der Thematik „Holocaust“ gelegt.

Hauptschule:

In der Hauptschule wird im Fach Geschichte in Klasse 9 im Kontext der Lehrplaneinheit 3: *Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft der verbindliche Lehrplaninhalt Entrechtung und Verfolgung der Juden bis zur Vernichtung* angeführt. (Boykott jüdischer Geschäfte, Nürnberger Gesetze, „Reichskristallnacht“, Konzentrations- und Vernichtungslager, „Endlösung“, Auschwitz). Auch die Lehrplaneinheit 4: *Der Zweite Weltkrieg und das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft* thematisiert die Konsequenzen nationalsozialistischer Herrschaft einschließlich der bis heute dauernden Belastungen.

Realschule:

Geschichte:

Klasse 9:

Die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland und der Zweite Weltkrieg

Die Verfolgung und Ermordung von politischen Gegnern und jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Leidensweg der europäischen Juden, Entrechtung, Verfolgung, Holocaust.

Gymnasium:

Geschichte:

Klasse 8:

- Begegnung mit anderen Kulturen im mittelalterlichen Mittelmeerraum: „Christen, Juden und Muslime in Spanien“
- Leben in der Stadt des Mittelalters: „Stellung der Juden“

Klasse 10:

- Nationalsozialismus: „Entrechtung und Verfolgung der Juden und anderer Minderheiten: Rassenlehre und Antisemitismus; Boykott, Nürnberger Gesetze, Reichspogromnacht; Reaktionen der Bevölkerung. „Erkundung der Spuren jüdischen Lebens am lokalen Beispiel.“
- Zweiter Weltkrieg: „Lebensraumkrieg und Vernichtung der Juden. Vernichtungskrieg. Empfehlung des Besuchs einer Erinnerungsstätte für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt.“

Jahrgangsstufe 12/13, Grundkurs:

- Lehrplaneinheit 13.1: „Das totalitäre NS-Herrschaftssystem. Der Zweite Weltkrieg: Eroberungskrieg und Besatzungspolitik; Entrechtung und Vernichtung der deutschen und europäischen Juden.“

Jahrgangsstufe 12/13, Leistungskurs:

- Lehrplaneinheit 13.3: „Rassistische Verfolgung und Völkermord, Vernichtung ‚unwerten Lebens‘. Stufen der Entrechtung und Vernichtung der Juden.“

Aber auch in anderen Fächern wird dem Thema breiter Raum gewidmet. Vor allem in den Fächern Religion, Ethik, Gemeinschaftskunde und Deutsch wird das Thema in verschiedenen Klassenstufen direkt oder indirekt behandelt. Zudem ist die Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Vernichtung von Juden und der Vernichtung Gegenstand eines fächerverbindenden Themas in der Realschule in Klasse 9 sowie im Gymnasium in Klasse 10. Insgesamt gehören die Entwicklung von Toleranz und Solidarität sowie ein umfassendes Verantwortungsbewusstsein für Mensch und Natur zu den vorrangigen Erziehungsaufträgen aller Schularten. Neben den genannten Fächern sind hier auch die Fremdsprachen besonders gefordert.

Sonderschule:

Im Bildungsgang Hauptschule, Realschule, Gymnasium an Sonderschulen wird das Thema Holocaust entsprechend den jeweiligen Bildungsplänen der allgemeinen Schulen behandelt. Im Förderschulbereich ist der Baustein Nationalsozialismus in Deutschland im Themenbereich „Aus der Vergangenheit lernen“ als fächerübergreifendes Vorhaben ausgebracht. Nach diesen Bildungsvorgaben insbesondere der Fächer Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religionslehre gibt es hinreichend Möglichkeiten, das Thema im Unterricht zu bearbeiten. Das Lesen von Quellentexten und Lebensbildern (z. B. Tagebuch der Anne Frank), die Behandlung von Situationsbildern unter Alltagsausschnitten, die Befragung von Zeitzeugen, die Besprechung von Filmen, Besuche von Gedenkstätten usw. erhalten das Bewusstsein über die Auswirkungen des Nationalsozialismus und die Verfolgung von Minderheiten bei den jungen Menschen wach und bestärken das verantwortliche Handeln in der Zukunft.

Die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bildungspläne liegt zunächst auch beim einzelnen Lehrer. Inwieweit das Thema Holocaust intensiviert werden müsste, wäre daher nur im Einzelfall zu klären. Das Thema müsste ggf. zum Gegenstand einer Klärung in den einzelnen Schulen gemacht werden.

Berufliche Schulen

Im Bereich der beruflichen Schulen ist das Thema „Holocaust“ in der Lehrplaneinheit „Nationalsozialismus“ der Fächer Geschichte/Gemeinschaftskunde in allen Schularten verankert. Mit der intensiven Behandlung der Ideologie des Nationalsozialismus und ihrer Umsetzung in die praktische Politik wird den Schülern der Wert der demokratischen Grundordnung deutlich und sie werden in der Bereitschaft bestärkt, aktiv am demokratischen Leben teilzunehmen. Anhand von Schlüsselproblemen und zentralen Herausforderungen an die Gegenwart und Zukunft wie Toleranz, Menschenrechte, Einheimische und Fremde, soziale Gerechtigkeit, Macht und Machtmissbrauch ergeben sich Leitfragen und Kategorien, nach denen das notwendige historische und politische Wissen vermittelt wird.

Andere Maßnahmen:

Das Land fördert seit 1989 Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg hat gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg die in Baden-Württemberg liegenden Gedenkstätten erfasst und in einer Publikation veröffentlicht. Die Gedenkstätten werden von diesen Einrichtungen begleitet und gefördert. Die Mittel sind im Landesjugendplan ausgebracht und für Schulklassen, Jugend- und Studentengruppen bestimmt. Zuwendungsempfänger können Schulklassen ab Klassenstufe 8 sein sowie Träger der außerschulischen Jugendbildung und Studentengruppen. Die Zuschüsse werden entsprechend Nr. 18 der Richtlinien zum Landesjugendplan (Verwaltungsvorschrift vom 18. Mai 1993, veröffentlicht im Amtsblatt Kultus und Unterricht, S. 362) bereitgestellt. Die Fördermöglichkeit von Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts wird sehr stark von den angesprochenen Zielgruppen in Anspruch genommen. So konnten 1999 über 400 Projekte mit über 18.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gefördert werden. Mit der geplanten Überarbeitung der Richtlinien zum Landesjugendplan zum Herbst 2000 wird bei dieser Gelegenheit auch verstärkt auf das Angebot für Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts im Schul- und Jugendbereich hingewiesen werden.

Der 27. Januar, Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen, wurde 1996 von Bundespräsident Herzog zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Im Blick darauf hatte das Kultusministerium eine Gruppe von erfahrenen Pädagogen und Fachdidaktikern beauftragt, Unterrichtsmaterialien zu entwickeln, die den Schulen Anregungen geben sollen für eine pädagogisch wie methodisch-didaktisch nachhaltige Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Völkermord am europäischen Judentum und an anderen verfolgten Minderheiten. Seit Ende 1996 liegen die entsprechenden Materialien für fächerverbindenden Unterricht unter dem Titel „27. Januar, Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ den Schulen vor. Seitens des Kultusministeriums wurden die Schulen, so auch zum 27. Januar 2000, aufgefordert, die Materialien zum Anlass für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu nehmen und an die unsäglichen Leiden und Opfer zu erinnern, die mit dem Grauen der nationalsozialistischen Herrschaft verbunden sind. Die Schulen des Landes sind dem auf vielfältige und nachdrückliche Weise gefolgt.

Diese Impulse des Kultusministeriums wurden jeweils auch vom Landesjugendring aufgegriffen, um auf verbandlicher Ebene die Gedenkstättenfahrten im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung zu verstärken.

2. welche Schritte und Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um die enorme Wissenslücke über den Holocaust zu beseitigen;

Zu 2.:

Vor dem Hintergrund der Ennid Umfrage und deren tatsächlicher Fragestellung kann aus dem Ergebnis der Umfrage nicht ohne weiteres auf eine enorme Wissenslücke über den Holocaust geschlossen werden. Unabhängig davon werden weiterhin alle Anstrengungen unternommen, damit die Auseinandersetzung mit dem Holocaust Teil der Schulwirklichkeit in allen Schularten in Baden-Württemberg bleibt. Dies erfolgt neben dem Fachunterricht und dem fächerübergreifenden Unterricht vor allem in Exkursionen, Studientagen, Förderung von Wettbewerben, Projekten, Untersuchungen zur Lokalge-

schichte, Archivarbeit. Auch Partnerschaften mit Schulen aus Israel spielen hier im Einzelfall eine besondere, weil überaus multiplikatorische Rolle.

3. ob die Landesregierung die Auffassung teilt, dass gerade an unseren Schulen das Thema Holocaust intensiviert werden muss, insbesondere in den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch;

Zu 3.:

Die Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch sind neben dem Fach Religion bereits jetzt auf Grund der Bestimmungen der Lehrpläne die Fächer, in denen die Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung und der Judenvernichtung besonderen Stellenwert besitzt. Sie sind zudem die Fächer, die wesentlich das fächerverbindende Thema mittragen und Ausgangspunkt von den unter Ziffer 2 genannten weiteren Aktivitäten sind.

4. welche Unterstützung die Landesregierung den Schulen gewähren will, um anhand von Unterrichtsbeispielen oder Handreichungen das Thema Holocaust auch fächerübergreifend bzw. in Projektarbeit intensiver zu thematisieren.

Zu 4.:

Unterrichtsbeispiele und Handreichungen zum Thema werden von vielen außerschulischen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Gerade zu diesem Thema gibt es eine Reihe von sehr wichtigen und für den Unterricht bzw. Projekte sehr hilfreichen Materialsammlungen und Anregungen. Auch das Kultusministerium hat Handreichungen hierzu bereits herausgegeben, so zum fächerverbindenden Themenvorschlag im Gymnasium „Juden in Deutschland“ sowie Handreichungen für den Besuch von Erinnerungsstätten.

Dr. Annette Schavan

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport